



Mediterranean Dialogue Series | No. 2

REGIONAL PROGRAM POLITICAL DIALOGUE SOUTH MEDITERRANEAN



TRANSFORMATIONSPROZESSE IM MAGHREB UND DIE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN EUROPA UND DEM SÜDLICHEN MITTELMEERRAUM: PERSPEKTIVEN AUS TUNESIEN

Am 24. Juni veranstaltete das Regionalprogramm Politischer Dialog und regionale Integration im Südlichen Mittelmeer in Zusammenarbeit mit dem KAS-Büro für Spanien und Portugal in Madrid und dem spanischen Think Tank Real Instituto Elcano ein internationales Seminar zum Thema „Transformationsprozesse im Maghreb und die Zusammenarbeit zwischen Europa und dem südlichen Mittelmeerraum“

Ziel des Seminars war es, die Demokratisierungs- und Transformationsprozesse im Maghreb mit Schwerpunkt Tunesien und die Zusammenarbeit der Europäischen Union mit den Maghreb-Staaten zu analysieren und wichtige Reformmaßnahmen im Hinblick auf die Zukunft in der Krisenregion zu diskutieren. Im Fokus stand dabei die Frage, welche Unterstützung und Verantwortung die EU in Zukunft übernehmen sollte. Als

unmittelbarer Nachbar zur EU sei der Dialog mit dem Maghreb von weitreichender Bedeutung und für die EU ein zentrales Anliegen.

Ausgewählte Vertreter und Experten aus Politik, Diplomatie, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft aus Tunesien, Spanien und Deutschland analysierten in verschiedenen Panels die Transformation zur Demokratie und die aktuelle Lage im Maghreb. Thematisiert wurden in einem ersten Schritt Tunesien im regionalen Kontext im Hinblick auf regionale Sicherheit und internationale Kooperation, zweitens die Wirtschaft in Tunesien sowie Perspektiven und internationale Investitionen und schließlich der Prozess der Demokratisierung und die Rolle der Zivilgesellschaft. Abschließend wurde die Rolle der EU und Spaniens im Hinblick auf die Transformationen im Maghreb angesprochen.

In seiner Eröffnungsrede schilderte der tunesische Botschafter in Spanien, Wacef Chiha, die Transformationserfolge in Tunesien seit der Revolution, wies aber auch auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen hin. Insbesondere im Bereich der Sicherheitsdienste brauche man eine zuverlässige Zusammenarbeit mit internationalen Partnern wie den Vereinten Nationen und der EU. Diesbezüglich plädierte er für eine politische und inklusive Lösung im Maghreb. Gerade die Bekämpfung der Bedrohung dschihadistischer Terrororganisationen und die Gefährdung, die von Libyen ausgehe, müssten dabei angegangen werden. Dafür seien wichtige Reformen und eine wirtschaftliche Stärkung der Region unerlässlich, so der Botschafter, um die Maghreb-Region zu stabilisieren und auf die internationale Bühne zurückzuholen. Es brauche eine politische und inklusive Lösung im Maghreb, wobei der Fokus auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit der EU gelegt werden sollte.

Tunesien im regionalen Kontext

Das erste der drei Panels beschäftigte sich mit Tunesien im regionalen Kontext und der Herausforderung für die regionale Sicherheit und die internationale Zusammenarbeit. Senior Analyst für die mediterrane und arabische Welt beim Real Instituto Elcano und Universitätsprofessor für internationale Beziehungen Haizam Amirah Fernández unterstrich dabei ebenso die Bedeutung der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Entwicklung in den Maghreb-Staaten zur erfolgreichen Kooperation der Nachbarländer von Tunesien. Dr. Ahmed Driss, Direktor des CEMI in Tunesien, Zentrum für Mittelmeerraum- und internationale Studien, identifizierte die mangelnde und nicht sehr vertrauenswürdige Kooperation mit Algerien und Libyen als Hauptproblem einer erfolgreichen regionalen Zusammenarbeit und betonte die Notwendigkeit der Stabilisierung der Lage in Libyen, die eine internationale Lösung brauche. Miguel Ángel Ballesteros, Direktor des IEEA, dem Spanischen Institut für strategische Studien des spanischen Verteidigungsministeriums, äußerte hinsichtlich Tunesiens zwei Sorgen: Einerseits sei eine wirtschaftliche Entwicklung notwendig, die das Land aus der Rezession führe und andererseits seien für ihn, wie auch für Dr. Driss, die Nichtexistenz des Staates Libyen und die instabile Lage in Mali äußerst besorgniserregend, da sie die Sicherheit im Maghreb bedrohten. Gerade deswegen sei es wichtig, dass Tunesien seine Rolle als Musterschüler im Demokratisierungsprozess aufrecht halte und sowohl wirtschaftliche als auch politische Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft erhalte.

Wirtschaftliche Herausforderungen

Im zweiten Panel wurden neben der wirtschaftlichen Lage in Tunesien Perspektiven und internationale Investitionen des Landes diskutiert. Kahled Zribi, Präsident der tunesischen Börse und Finanzexperte in den

Maghreb-Staaten, präsentierte den Strategieplan 2016-2020, der die Wirtschaft in Tunesien ankurbeln soll. Besonders problematisch seien seiner Meinung nach fehlende Investitionen, die aufgrund des Ausschlusses wichtiger Wirtschaftszweige vom Finanzmarkt - wie der Telekommunikationsbranche, des Energiesektors und der Landwirtschaft - herrührten. Neben der Stärkung der Rolle des Staates seien darüber hinaus die digitale Entwicklung sowie die soziale und regionale Inklusion unerlässlich. Außerdem müsse der politisch-populistische Diskurs verändert und das Kommunikationsproblem überwunden werden, um Reformen erfolgreich und im Konsens umzusetzen. Besonders wichtig sei zudem die Inklusion der jungen Generation, die sich ihrer Rolle für den Staat und die Gesellschaft bewusst werden müsse. Einen weiteren wichtigen Beitrag lieferte schließlich Gonzalo Escribano, Direktor des Energieprogramms im Institut Real Elcano und Universitätsprofessor für Geopolitik an verschiedenen spanischen und internationalen Universitäten, der große Besorgnis darüber äußerte, dass die tunesische Wirtschaft aufgrund fehlender und inkohärenter Reformen wenig wettbewerbsfähig sei. En Détail seien das Wirtschaftswachstum viel zu schwach, die Wirtschaftsreformen würden zu langsam umgesetzt und auf Seite der Geldgeber hätte eine gewisse Ermüdung eingesetzt. Nur dank der europäischen und internationalen Organismen werde die tunesische Wirtschaft aufrecht gehalten, so Escribano. Trotzdem seien seiner Ansicht nach einige Reformen erfolgreich gewesen, insbesondere die Reduzierung von Subventionen und der Anstieg der Preise im Energiesektor. Entscheidend sei jedoch der Konsens auf wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Ebene hinsichtlich der Herausforderung zur erfolgreichen Umsetzung der Reformen in Tunesien. Damit einhergehend stehe die EU vor der Frage, welche wirtschaftliche Integration Tunesien in Zukunft haben werde und wie die finanzielle Unterstützung durch internationale Geldgeber aussehe.

Die Rolle der Zivilgesellschaft im Demokratisierungsprozess

Das dritte Panel widmete sich dem Demokratisierungsprozess in Tunesien und der Rolle der Zivilgesellschaft. Unter Moderation von Miguel Hernando de Larramendi, Professor für Zeitgenössische Geschichte der arabischen Welt, wurden in diesem Panel das Gewicht der Zivilgesellschaft und ihre Bedeutung für den Demokratisierungsprozess thematisiert. Ons Ben Abdelkarim von der tunesischen NGO Albawsala (Kompass), analysierte die 2014 ausgearbeitete Verfassung in Tunesien. Die NGO Albawsala steht jenseits der politischen Einflussosphäre und verfolgt mit dem Aufbau eines Beziehungsnetzwerkes mit gewählten Repräsentanten und Entscheidungsträgern und dem Ziel einer good governance Regierung, der Verteidigung fundamentaler Rechte der Bürger/innen und der Stärkung von Partizipation und des Engagements der Bürgergesellschaft, drei weitreichende Ziele. Abdelkarim lobte zunächst den progressiven Charakter der Verfassung, der allerdings das rechtsstaatliche Element vernachlässige. Zudem seien die politischen Akteure allzu sehr an der Wahrung des Status Quo interessiert, anstatt sich für Reformen und eine Stärkung der Institutionen einzusetzen. Zur Verbesserung der Lage müsse das zivilgesellschaftliche Engagement gestärkt und generationenübergreifend weitergeführt werden. Emmanuel Cohen-Hadria, Leiter der Abteilung für europäische Mittelmeerraumpolitik beim European Institute of the Mediterranean IEMed erweiterte das Panel durch seinen Beitrag zum europäischen Diskurs über die Maghreb-Staaten. Als entscheidend für die Wahrung der Vorreiterrolle Tunesiens im Rahmen der Transition nannte er die Demokratisierung der Justiz, die Bildung einer realen Opposition im Parlament und eine tiefere Verankerung der Zivilgesellschaft. Die internationale Gemeinschaft, vor allem aber die EU seien dabei ein unerlässlicher Partner zur wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung im Maghreb.

Perspektiven

Zusammenfassend wurden am Ende künftige Herausforderungen im Maghreb und die Relevanz der Entwicklungen in Tunesien für die Europäische Union beschrieben. Es wurde im Hinblick auf die Transformationen im Maghreb die Rolle der EU als Vermittler und Unterstützer betont. Dabei brauche der Maghreb neben der Stärkung der Demokratie und der Rolle des Staates Unterstützung von außen bei Reformen im Bereich der Wirtschaft und der Sicherheit, um die Stabilität im Mittelmeerraum aufrecht zu halten. Ein Scheitern der Transition zur Demokratie in Tunesien würde ein Scheitern der Demokratie allgemein bedeuten und schwerwiegende Konsequenzen für die Mittelmeerregion mit sich bringen.



Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Regional Program Political Dialogue South Mediterranean

Contact person:

Dr. Canan Atilgan

Director

Regional Office South Mediterranean

Phone: +216 70 029 460

E-Mail: canan.atilgan@kas.de